



Bürgerliste Wiesbaden

Informationsschrift der Rathausfraktion Bürgerliste Wiesbaden

Nr. 2 - 2007

Kontrolle der Verwaltung durch die Stadtverordneten

Funktioniert diese Kontrolle? Nach unserer Auffassung nur in sehr eingeschränktem Maß. Die Verwaltung erstellt die Vorlagen, die dann im Parlament verabschiedet werden. Für den Stadtverordneten ist es nicht einfach, oft unmöglich, die Riesensmenge des Materials zu überprüfen. Wenn z.B. in einem Vorort eine Schule saniert wird, müßte er eigentlich hinfahren, sich an Ort und Stelle informieren, die Kostenvoranschläge usw. studieren. Bei der großen Anzahl von Verwaltungsvorlagen ist das gar nicht denkbar, der Abgeordnete muß sich auf die besonders wichtigen Fälle beschränken.

Eine andere Schwierigkeit besteht darin, daß die Stadtverordneten an vielen Dingen gar keine öffentliche Kritik üben dürfen, selbst wenn ihnen Mißstände zur Kenntnis kommen. Große Teile der Verwaltung sind privatisiert, dazu kommen die PPP-Projekte, bei denen Private gemeindliche Aufgaben übernehmen. Hier gilt der Datenschutz, der Abgeordnete hat zu schweigen. Im Fall Kohlekraftwerk hat sich die ganze Machtlosigkeit des Parlaments gezeigt: die Stadtverordneten beschließen ein Moratorium und die Versorgungsbetriebe samt Oberbürgermeister igno-



Können die Stadtverordneten im Rathaus noch ihre Kontrollfunktion ausüben?

Foto: T. Reiß

Inhalt

Kontrolle der Verwaltung.....	1
Schiersteiner Hafen.....	2
Kulturtourismus in Wiesbaden.....	3
Das frühere Polizeipräsidium.....	5
Brief: Polizeipräsidium.....	6
Streuobstwiesen.....	7
Platz der Deutschen Einheit	8
Integrationsvertrag.....	9
Wiesbaden im Wandel.....	10
Vergangene Pracht.....	11
PfarrgartenSonnenberg.....	12
Landesimmobilie Dietenmühle.....	13
Meinungen und Briefe.....	15

rieren den Beschluß. Für uns ist die Verwandlung der Stadt in einen mehr oder minder privaten Konzern nicht vereinbar mit dem Prinzip der Selbstverwaltung der Gemeinde.

Eine wirkliche Kontrolle der Verwaltung kann es nur geben, wenn eine Parlamentsmehrheit gegen die Verwaltung zustande kommen kann. Das ist aber bei der Jamaika-Koalition so gut wie ausgeschlossen. Was mit CDU, FDP und Grünen im Magistrat beschlossen wird, das wird dann mit eben diesen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung abgeseget. Wenn die Abgeordneten über eine Sache debattieren, ist die längst in den Parteigremien

vorentschieden worden. Diese Debatte ist ein bloßes Schaufechten für Zuhörer und Presse. Es ist ja nicht so, daß die Argumente ausgetauscht werden und dann bei der Abstimmung die besten siegen, sondern die Entscheidung liegt längst fest. Wenn Oppositionsparteien bedeutsame Themen aufbringen, formuliert die Jamaika-Koalition flugs einen eigenen Antrag dazu, um zu demonstrieren, daß sie alles in der Hand hat. Die Fraktionsdisziplin ist eiseren. Ganz selten tritt einmal ein Abweichler auf, der anders stimmt als vorgegeben, aber das ist immer nur ein einzelner, die Mehrheit ist nie gefährdet. Wo da die Gewissensentschei-

dung des Abgeordneten bleibt, kann man füglich fragen.

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung dauern gewöhnlich von 16 Uhr bis 23 Uhr oder noch länger. Eigentlich würde eine Stunde genügen. Denn die Entscheidungen sind, wie gesagt, längst vorher gefallen, und die Reden werden meist abgelesen, liegen also schriftlich vor. Auf keinen Fall braucht man 81 Abgeordnete in einem so wenig effektiven Kontrollorgan, eine Verminderung um 10 wäre gesetzlich möglich.

Michael von Poser

Anfrage der BLW-Fraktion vom 10.05.2007:

Inwieweit ist sichergestellt, daß der Wassersport die entsprechenden Wettkämpfe mit internationalem Standard, also gleichem Niveau wie bisher, im Schiersteiner Hafen weiterhin problemlos durchführen kann und mit welchen Mitteln kann dies gegebenenfalls auch gegenüber dem Wasser- und Schifffahrtsamt durchgesetzt werden?

Antwort Hildebrand Diehl:

Das Thema „Wassersport im Schiersteiner Hafen“ hat die städtischen Gremien mehrfach beschäftigt, unter anderem in der Sitzung des Ausschusses für Freizeit und Sport am 26.04.2007. Vertreter der städtischen Verwaltung sowie Herr Dr. Renschin (Kanu-Verein) und Herr Mauermann (Wasser-

und Schifffahrtsamt) haben die Mitglieder umfangreich informiert.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat von Beginn der Planungen des Wasser- und Schifffahrtsamtes an deutlich gemacht, dass die Funktion des Schiersteiner Hafens als Wettkampffläche für Bootsrennen erhalten bleiben muss.

Die benötigte Fläche für Wettkämpfe nach internationalem Standard wird mit den Abmessungen der Wettkampffläche von 1250 x 110 m auch nach der Verlegung der Steganlagen in das Hafenbecken erreicht.

Den Vertretern der Vereine ist an einer Optimierung der Bootsstege gelegen, um die Gesamtsituation des Schifffahrtsbetriebes und Freizeitsports im Schiersteiner Hafen weiter zu verbessern. Dabei wird eine andere Anbringung der Steganlagen am geplanten neuen Standort (flacherer Winkel als bisher

geplant) diskutiert. Diese verursacht nach Berechnungen des Wasser- und Schifffahrtsamtes hohe zusätzliche Kosten, die vom Schifffahrtsamt nicht getragen werden. Diese gewünschte Veränderung hat mit der Sicherstellung des Wettkampfbetriebes indes nichts zu tun. Internationale Wettkämpfe können im Schiersteiner Hafen weiter durchgeführt werden.

Kommentar:

Die Bürgerliste hat in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.09.2006 in Erwartung der möglichen Probleme sowohl die Flächennutzungsplanänderung „Schiersteiner Hafen-Ostteil“ als auch das Rahmenkonzept für den Schiersteiner Hafen, Ostteil abgelehnt.

Thorsten Reiß

Kulturtourismus in Wiesbaden

Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Wiesbaden und die Region. Neben den über 950.000 Übernachtungen im Jahr stellen vor allem die ca. 11 Millionen Tagesbesucher einen nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen Impuls dar. Diese Zahlen ließen sich durchaus noch steigern, wenn sich die Verantwortlichen verstärkt dem an der Kulturgeschichte interessierten Touristen widmen würden.

Ein wichtiges Marketinginstrument ist der Beiname einer Stadt. „Stadt des Historismus“ ist der Jüngste, der an Beinamen so reichen Stadt Wiesbaden. Man denke nur an „Nizza des Nordens“, „Großstadt im Grünen“, „Pensionopolis“ etc. Vor einigen Jahren ist (kosten)intensiv über das Leitbild der Stadt nachgedacht worden und allen Ernstes wurde sogar der Beiname „Beraterstadt“ ins Spiel gebracht. Der mit den Schönheiten und der Geschichte seiner Stadt vertraute Wiesbadener konnte sich nur wundern über soviel geballte Ignoranz. Als dann der Gedanke aufkam, sich um Aufnahme in die Unesco-Liste Weltkulturerbe zu bewerben, wurde auch rasch die Bedeutung des Historismus als Marketingfaktor neu entdeckt.

Historic Highlights of Germany

Im September 2005 schuf die Stadt den Regiebetrieb Wiesbaden Marketing als neue Dienstleistungsplattform für die Ämter und Institutionen innerhalb

der Stadt, aber auch für externe Partner. Ziel ist es, die gesamten Wiesbaden-Aktivitäten zu vernetzen und zu bündeln, um eine einheitliche Außenwirkung zu erzielen. Wiesbaden Marketing besteht aus der Internetredaktion www.wiesbaden.de, City Dialog & Grafikdesign, Märkte & Events sowie Tourismus Marketing.

Zu den Werbemaßnahmen gehört u.a. seit Januar 2004 der Internetauftritt Wiesbadens, vertreten durch den Wiesbaden Congress & Tourist Service, in der Städte-Werbegemeinschaft „Historic Highlights of Germany“. „Neben gemeinsamen Messe- und Workshopaktivitäten werden die Mitgliedsstädte durch zielgruppenorientierte Werbemittel sowie über den Internetauftritt www.hhog.de (in deutscher, englischer, italienischer und seit Juli 2005 auch in japanischer Sprache) vermarktet. Als primäre Zielgruppen dieser Werbegemeinschaft werden Reiseveranstalter, Reisemittler, Kongressveranstalter und Incentive- und Incomingagenturen definiert.“

Leider ist, was die Qualität der Texte angeht, dieser Internetauftritt nicht als gelungen zu bezeichnen. Neben zahlreichen Rechtschreibfehlern verärgern vor allem die inhaltlichen Fehler.

So ist z. B. auf der Seite „Auf einen Blick“ von „eleganten Hochhäusern der zahlreichen Behörden und Versicherungskonzerne“, die zum „Erscheinungsbild einer Landeshauptstadt“ gehören und dem Theater im

„Renaissance-Stil“ (es müßte Neo-Barock heißen) die Rede. Auf der Seite „Sehenswertes“ lädt das „städtische Weingut zur Besichtigung, zur Degustation und zum Kauf“ ein. Leider gibt es kein städtisches Weingut mehr, dieses wurde bereits vor geraumer Zeit dem Land Hessen übergeben. Auch das Bild vom Bowling-Green ist veraltet und zeigt noch die inzwischen abgeholzten Baumriesen.

Nur als katastrophal zu bezeichnen ist die Seite „Geschichte“. Hier ist z. B. vom Kastell Moguntiacum (Mainz) die Rede, so als ob es sich nur um ein einfaches römisches Lager gehandelt habe. Mainz war jedoch in römischer Zeit nicht nur Legionsstandort sondern auch Hauptstadt der Provinz Obergermanien. Daß Wiesbaden zur gleichen Zeit bereits civitas (Hauptort eines Landkreises) war, wird überhaupt nicht erwähnt.

Weiter unten heißt es: „Dass Wiesbaden heute noch über derart viele prachtvolle Häuser und unzerstörte Straßenzüge verfügt, ist einem Beschluss der Alliierten im 2. Weltkrieg zu danken. Ebenso wie Heidelberg sollte die Stadt vor Bombenangriffen und Artilleriebeschuss verschont werden, denn man wollte nach dem Krieg dort seine Hauptquartiere errichten. Beides wurde realisiert.“ Einen größeren Unsinn kann man wohl kaum schreiben. Nach zahlreichen Angriffen in den Jahren 1943 und 1944 war Wiesbaden in der Nacht vom 2. auf den 3. Februar 1945 das Ziel von 497 alliierten Flugzeugen, die weit

mehr Spreng- und Brandmittel trugen als bei dem 1000 Bomber-Angriff auf Köln im Jahr 1942. Nur dem Ausfall von zwei Dritteln der Pfadfinder-Flugzeuge und einer geschlossenen Wolkendecke ist es zu verdanken, daß bei diesem Angriff nicht die ganze Stadt in Schutt und Asche gelegt wurde.

Daß die Macher dieses Internetauftritts nur wenig Ahnung von dem haben, was sie bewerben, fällt vor allem auf der Seite „Kultur“ auf. Hier sind ihnen nur 20 Zeilen Text eingefallen. Zur Erinnerung: 1990 erschien ein 362 Seiten umfassendes Buch „Kultur in Wiesbaden“. So stark hat die Kultur in unserer Stadt in den inzwischen vergangenen Jahren dann aber

doch nicht abgenommen! Mit der Vernetzung von Ämtern und Institutionen scheint es bei diesem Internetauftritt jedenfalls nicht weit her zu sein, denn sonst hätte man bei der Erstellung des Textes auf die Kompetenz der Mitarbeiter des Stadtarchivs zurückgegriffen. Wünschenswert wären auf jeden Fall noch eine französische und eine russische Version der Seite. Weiterhin müßten die Interessen ausländischer Touristen stärker Berücksichtigung finden. Für russische Besucher besitzen z. B. der russische Friedhof und die russische Kirche auf dem Neroberg eine herausragende Bedeutung. Für Amerikaner spielt eher das „militärische“ Wiesbaden im „Kal-

ten Krieg“, als Hauptquartier der Berliner Luftbrücke und als Stationierungsort eine Rolle. Auch Briten und Franzosen haben intensivere Beziehungen zu unserer Stadt. Sie prägten als Besatzungsmächte nach dem Ersten Weltkrieg jahrelang das Wiesbadener Stadtbild. Noch heute erinnern die Grabsteine auf dem Südfriedhof an diese Zeit. Eine der berühmtesten französischen Filmschauspielerinnen, Simone Signoret, wurde in einer beschlagnahmten Wiesbadener Villa geboren. Alles in Allem sollte diese Präsentation Wiesbadens im Internet schleunigst überarbeitet werden.

Thorsten Reiß



„Ebenso wie Heidelberg sollte die Stadt vor Bombenangriffen und Artilleriebeschuss verschont werden, denn man wollte nach dem Krieg dort seine Hauptquartiere errichten.“ (Zitat Historic Highlights of Germany)

Die Realität sah anders aus!

Bildarchiv: T. Reiß

Das frühere Polizeipräsidium

Hier haben wir das typische Investorenprojekt. Stadt und Land vermarkten zusammen ein zentrales Stück Stadt. Eine wichtige städtische Gestaltungsaufgabe wird einem auswärtigen Projektbetreiber überlassen. Es ist eine nie ganz geklärte Frage, weshalb die Stadt nicht in der Lage ist, auf eigenem Grund und Boden selber etwas Gescheites zu bauen. Die auswärtige Firma muß den Boden kaufen und macht trotzdem noch Gewinn.

Wie wenig die Stadt bei diesem Handel an sich selbst denkt, zeigt z.B. folgendes Detail: Mit großem Aufwand ist in dem Gebäude am Markt 1996 die Tourist Information (Marktstraße 6) mit weiteren Räumen und Call-Center im 1. Stock eingerichtet worden. Das Büro wurde mit einem Architekturpreis ausgezeichnet. Jetzt soll das ganze Gebäude abgerissen und neu gebaut werden, die Kurbetriebe suchen händeringend nach einem neuen zentralen Standort für die Tourist Information. Hätte man nicht mit dem Investor etwas dazu aushandeln können?

Die Situation am Dernschen Gelände und in der Mauergasse könnte sehr wohl verbessert werden. Wir finden es richtig, daß die Lücke geschlossen wird, die Frage ist nur: wie? Der Investor verspricht eine „nachhaltige“ Architektur. Was ist eine „nachhaltige“ Architektur? Es findet ein Fassadenwettbewerb statt ähnlich wie beim Luisenforum. Wenn man sich das Ergebnis dort anschaut oder sich die Bauten betrachtet, mit denen

die Firma Quantum im Internet auftritt, dann wird man nicht in die Illusion verfallen, etwas anders zu erwarten als den gewöhnlichen gesichtslosen Stahlbetonbau, der vor das denkmalgeschützte Gebäude gesetzt wird. An einer so bedeutsamen Stelle von Wiesbaden, in unmittelbarer Nähe von Rathaus und Marktkirche, dürfte aber nur etwas von gleicher Qualität entstehen.

Die Front zum Dernschen Gelände müßte originell, großzügig, repräsentativ sein, ein Gebäude in der Mauergasse müßte die Linien der dortigen kleinteiligen Architektur aufnehmen. Der herrschende Minimalismus läßt solche Feinheiten gar nicht zu. Man denke an das Café Lumen und das Kinderhaus der Marktkirche, beide nach unserer Auffassung verfehlt, weil weit unter dem Niveau des historischen Ensembles.

Zur wirtschaftlichen Seite des

Geschäftes mit dem ursprünglichen Polizeipräsidium: es bleibt unklar, weshalb die Stadt vom erzielten Kaufpreis (ca. 8 Millionen) dem Land ca. 5 Millionen überläßt, obwohl sie über den weitaus größeren Anteil an den der Flächen, und zwar über die für den Investor eigentlich interessanten verfügt, während das Land nur das schwer zu handhabende, denkmalgeschützte Gebäude in der Friedrichstraße in den Handel eingebracht hat. Vom Kämmerer darf man eine Begründung fordern, weshalb er ein für die Stadt so ungünstiges Geschäft abschließt, zumal auf die Stadt noch größere Kosten bei der Erschließung und der Verlagerung technischer Einrichtungen zukommen. Der Beitrag des Landes von 900 000 Euro für diese Verlagerung ändert nicht grundsätzlich etwas an dem Mißverhältnis.

Michael von Poser



Das frühere Polizeipräsidium an der Marktstraße

Foto: T. Reiß

Das alte Polizeipräsidium an der Friedrichstraße ist samt Umgebung an einen Hamburger Investor verkauft worden. Wir befürchten eine häßliche Glas- und Stahlbebauung nicht nur zum Dernschen Gelände hin, sondern auch in der Mauergasse. Diese Befürchtungen werden von einer Wiesbadener Bürgerin geteilt, deren Großvater das in der Mauergasse betroffene Grundstück gehörte. Historisch interessant sind ihre Erinnerungen dazu:

Auf dem derzeitigen Parkplatz stand das Haus meines Großvaters mit 21 Mietparteien in Vorder- und Hinterhaus. Im



Auf dem heutigen Parkplatz stand das Haus Mauergasse 8

Foto: T. Reiß

Untergeschoß das Gartenbaugeschäft der Fa. Floß und ein Bettengeschäft des Herrn Leopold Stern. Dazu gehörte eine sogenannte Bettfedernfabrik, in der Federbetten gefüllt und auch gereinigt werden konnten (im Seitentrakt).

Im Jahre 1928 verkaufte Großvater Franz Funck dieses Grundstück an den o.g. Herrn Stern für 100 000 Goldmark. Davon wurden sofort 60 000 Goldmark bezahlt und die restlichen 40 000 Goldmark für die Erben

bzw. Nachkommen in Teilhypotheken festgelegt, wie Großvater sagte: bis sie im heiratsfähigen Alter wären. Für meine Schwester und mich wurden je 5 000 Goldmark im Grundbuch eingetragen.

Nach der sogenannten Kristallnacht verließ die Familie Stern Deutschland und wanderte aus. Ihr Geschäft war durch die Nazis geplündert worden wie alle jüdischen Geschäfte. Wir waren sehr traurig, als wir die Federbetten aufgerissen durch die Straße wirbeln sahen, und wir Kinder bedauerten die schönen Puppen und Kinderwagen, die auf die Straße flogen. Zur selben Zeit kamen auch Leute

gelaufen und berichteten von der Zerstörung der Synagoge am Michelsberg. Nachdem Familie Stern nach Amerika ausgewandert war, übernahm die Stadtverwaltung des „jüdischen“

Besitzes so lang, bis er 1940 zur Zwangsversteigerung freigegeben wurde.

Nach Erzählungen meiner Mutter hatte ihr die Wiesbadener Bank einen Hypothekenkredit zugesagt und das Amtsgericht ihr gestattet, für uns das Vorkaufsrecht in Anspruch zu nehmen (Vater war inzwischen verstorben und ich noch nicht volljährig). Doch während der Versteigerung zog das Gericht die Genehmigung zurück! Wie man sagte, erhielt eine wohlha-

bende verwitwete Immobilienmaklerin - Mitglied der NSDAP - den Zuschlag.

Diese Dame bekam aber dann später die Forderung der Erben Stern und beklagte sich 1953 im Wiesbadener Tagblatt bitter über das Danaer-Geschenk. Sie forderte uns auf, wir sollten unsere Ansprüche bei den Erben Stern geltend machen. Ich ließ die Dame daraufhin wissen, daß wir mit Herrn Stern und auch den vielen anderen jüdischen Nachbarn ein sehr gutes Verhältnis hatten und daß man sich schämen müsse, solche Forderungen zu stellen, nachdem diese so unter den Nazis hätten leiden müssen. Außerdem waren wir sicher, daß die neue Besitzerin uns dann wieder bedrängt hätte, sie zu entschädigen. Sie wäre uns in unserem jugendlichen Alter schon durch ihren Beruf (Immobilienmaklerin) haushoch überlegen gewesen.

Nun sehen wir mit Bedauern, daß die Stadtverwaltung unsere geliebte Mauergasse (mein Elternhaus ist gegenüber der früheren Nr. 8) völlig zubauen will. Neben der Nr. 8 stand eine niedrig gebaute kleine Gastwirtschaft der Mainzer Aktienbrauerei, zu der ein gemütlicher Biergarten gehörte, mit drei wunderschönen rot bzw. weiß blühenden alten Kastanien, wo u.a. die Geschäftsleute abends den Alltag bei einem „Bierchen“ ausklingen ließen. Durch die aufgelockerte Bauweise mit dem Grün lief das Ende der Mauergasse lichtdurchflutet in Richtung Marktplatz (heute Dernsches Gelände) aus.

Streuobstwiesen

Streuobstwiesen sind ein Bestandteil unserer Kulturlandschaft und unserer Geschichte. Große landschaftsprägende Streuobstwiesenbereiche sind durch vielfältige Notwendigkeiten und Begehrlichkeiten, angefangen vom Straßenbau und Ortsranderweiterungen bis hin zur Umwandlung in Monokulturen und willkürlicher Abholzung zum Opfer gefallen.

So schmolzen die „alten Obstsorten“ dahin, wobei die Qualität und Vielfalt in Intensivplantagen in der Regel nicht erreicht wird.

Leider entspricht die Optik von Industrieobst oftmals mehr dem Empfinden des unaufgeklärten Verbrauchers; es entstehen merkwürdige Mißverhältnisse:

„Teilweise verfaut vor der Haustür zentnerweise Obst, weil es nicht geerntet wird, während man z.B. Äpfel aus Südtirol importiert.“

Auch und gerade die Erhaltung der Vielfältigkeit unterschiedlichster „alter“ Sorten steht im Allgemeininteresse und ist Teil unserer Kultur, wie dies auch

bei der Erhaltung z.B. alter Haustierrassen der Fall ist.

Streuobstwiesen sind ferner für die heimische Tierwelt enorm wichtig. Im Boden der wenig gedüngten Wiesen bauen Ameisen ihre Nester und Schmetterlingsraupen finden Nahrungspflanzen. In den älteren Hochstämmen leben in Baumhöhlen z.B.

tungsargumente klarzumachen, daß diese heimischen Produkte (auch mit vereinzelt auftretenden „Unreinheiten“) das kleinste Übel darstellen, mit minimalen Spritzmitteleinsatz vor Ort produziert werden und keine großen Transportwege aufweisen.

Umsomehr ist ein besonderes



Hochstamm - Spalierobst

Foto: R. Abt

Fledermäuse, Steinkäuze, Garten- und Siebenschläfer u.v.m.

Gerade in Zeiten, wo Pestizidrückstände in Obst und Gemüse für Schlagzeilen sorgen und der Verbraucherschutz scheinbar nicht optimal funktioniert, wäre es geboten, dem Verbraucher über gezielte Vermark-

Verantwortungsbewusstsein bezüglich der Erhaltung noch vorhandener Streuobstwiesen gefragt, die durch Rodung, Überalterung und Umwandlung einer negativen Entwicklung und ungewissen Zukunft entgegensehen.

Richard Abt

Warum aus dem Platz der deutschen Einheit nichts wird

Jeder weiß, der Platz der deutschen Einheit ist häßlich, heruntergekommen, kurz: unmöglich. Er wurde, wie er heute ist, aber auch einmal von Planern geplant und Architekten gestaltet. Haben die wirklich etwas gelernt? Ich glaube nicht daran.

Irgendetwas muß mit dem Gelände geschehen, das sieht die Verwaltung. Vor ein paar Jahren wollte man es an einen Multiplex-Erbauer verscherbeln, die Pläne waren fix und fertig, es ging aber glücklicherweise - auch ein bißchen mit unserer Hilfe - schief.

Dann kamen endlose Erhebungen und Neuplanungen, das Büro Speer wurde eingeschaltet, es entstand eine „Rahmenplanung“. Dazu kommt nun noch ein Gutachter-Wettbewerb. Inzwischen fängt man schon ein bißchen an zu bauen, ein Polizeipräsidium plus Altenwohnanlage. Kann man vielleicht noch eine Großsporthalle unterbringen? Man überlegt es. Man wird noch viel unterbringen können, denn die Rahmenplanungen sieht gewaltige Baumassen vor, durch welche eine Schneise verläuft, auf der die Busse fahren. Ein Platz wird das auf keinen Fall, denn dazu brauchte man eine tragfähige Gestaltungsidee, wie so ein Platz auszusehen hätte, der den Namen verdient. Diese Idee bekommt man nicht, indem man Planungsbüros und Gutachter vorschiebt, die dann noch in der Weise ausgesucht werden, daß nur wieder der zeitgenössische Minimalismus

triumphiert.

Nach meiner Meinung haben die amtierenden Planer bewiesen, daß sie keine Plätze machen, sondern nur ausräumen oder vollbauen können. Der Kurplatz ist mit viel Geld abgetötet worden. Der Mauritiusplatz ist verfehlt in seinen Proportionen, öd durch die neue Glasfassade und das grabsteinartige Wasserspiel. Das unordentliche Gewurstel vorher mit Biergarten und Café war gemütlicher. Der Bahnhofsvorplatz ist eine Steinwüste, in der der verbliebene Baum als Fremdkörper wirkt. Überall die Vorliebe für die Nichtfarben

der sagen: wenn kein Bruch erfolgt mit der herrschenden Architekturideologie und ihren monotonen Einfachformen, bekommen wir keine menschengemäßen Stätten. Ein städtischer Platz muß erfunden werden, und dazu gehören wirkliche Erfinder. Das Polizeipräsidium wird von der Nassauischen Heimstätte gebaut, unter Umgehung jeder Form von Bürgerbeteiligung, und zuständig ist Herr Dilger, dessen Schwegerbau am Dernschen Gelände wir mit knapper Not verhindert haben. Wir werden die alten Helden nicht los, und solange wir



Der Platz der deutschen Einheit läßt seit Jahrzehnten jede Form der Stadtplanung vermissen

Foto: K.H. Maierl

Grau und Schwarz. Wer so unorganische, lebensfeindliche Szenarien entwirft oder entwerfen läßt wird auch aus dem Platz der deutschen Einheit nur wieder der tote Welt machen.

Und dann muß man immer wie-

die nicht loswerden, bekommen wir immer wieder die gleichen Kästen serviert, die nach kurzer Frist keinem mehr gefallen und dann durch andere ähnliche ersetzt werden.

Michael von Poser

Integrationsvertrag

Seit zwei Jahren wird über einen Integrationsvertrag verhandelt, in der ganzen Zeit hat es keine öffentliche Debatte dazu gegeben, die Stadtverordneten, die nicht zur Jamaika-Koalition gehören, bekommen jetzt zum ersten Mal einen Text vorgelegt. Eine für alle Wiesbadener so wichtige Angelegenheit hätte nicht als Geheimsache behandelt werden dürfen.

Alle Einwände im Vorfeld sind ignoriert worden. Nach Auffassung der BLW besteht die Gefahr, daß die Integrationsvereinbarung nicht der Integration, sondern der Tendenz zur Parallelgesellschaft dient. Das wäre aber für die zukünftige Entwicklung Wiesbadens fatal.

Die Integrationsvereinbarung wird mit muslimischen Gruppen abgeschlossen, von denen die Mehrheit in ihren Absichten und Praktiken kaum bekannt sind. Der Gruppierung Milli Görüs weist der Verfassungsschutz verfassungsfeindliche Tendenzen nach. Zu dieser und verwandten Organisationen heißt es im jüngsten Verfassungsschutzbericht: „Sie verfolgen die Absicht, islamische Gegenwelten zu etablieren, in denen die Scharia das Maß aller Dinge sei“. Das trifft nach unserer Meinung auch auf die Tauhid-Gemeinde zu. Noch Anfang dieses Jahres hat die Bundestagsabgeordnete Frau Köhler den Wiesbadener muslimischen Gemeinden vorgeworfen, sie wollten sich nicht von Terror und Unterdrückung distanzieren. Es ist weltfremd anzunehmen, daß sich durch eine

Integrationsvereinbarung etwas an der inneren Einstellung dieser Gruppen ändern wird. Wenn sie an die Überlegenheit der islamischen Gesellschaft glauben, werden sie alles zu deren Verwirklichung tun, auch anders lautende Lippenbekenntnisse abgeben.

Die Unterschrift unter diesen Integrationsvertrag hat keine Bindungskraft, weil

1. Verfassungsgrundsätze ohnehin verbindlich sind und
2. bei Vertragsbruch keine Sanktionen vorgesehen sind. Wenn man keine Lust mehr hat sich an den Vertrag zu halten, ignoriert man ihn oder kündigt man ihn. Die Stadt wird sich ihrerseits an die eingegangenen Verbindlichkeiten halten müssen.

Unter anderem verpflichtet sich die Stadt, den Moscheebau zu fördern. Wenn die Moschee (wie z.B. die Schriftstellerin Necla Kelek ausführt) als Dienstleistungszentrum für Muslime der Integration hinderlich ist und wenn sie auch noch einer verfassungsfeindlichen Organisation wie Milli Görüs zum ideologischen Zentrum dient, dann hat sich die Stadt zur Förderung von etwas verpflichtet, was zu unterbinden ihre Aufgabe wäre. Die Unterstützung für Feinde der Demokratie und einer wirklichen Integration lehnen wir kategorisch ab.

Die Stadt verpflichtet sich ferner, das negative Bild, das über muslimische Religionsgemeinschaften in der Öffentlichkeit gezeichnet wird, zu korrigieren. Was bedeutet das z.B. für eine

Organisation wie Milli Görüs? Soll die Stadt ihr Verfassungstreue attestieren?

Es kann doch nicht Aufgabe einer Stadt sein, Imagepflege für Organisationen zu betreiben, deren Verfassungstreue von staatlichen Stellen in Zweifel gezogen wird.

Solche Abwegigkeiten bestärken uns in der Auffassung, daß eine Vereinbarung dieser Art nicht nur überflüssig, sondern schädlich ist. Diejenigen Organisationen, die zur Integration nicht bereit sind, werden unterstützt, ohne daß eine Gegenleistung eingefordert werden kann. Jene Ausländer, die zur Integration bereit sind, werden ihren Beitrag auch ohne einen Vertrag leisten.

Dr. Michael von Poser
Thorsten Reiß

Die Fraktion BLW versteht sich als Vertretung von Bürgerinteressen. Was bereitet Ihnen Sorge in Angelegenheiten der Stadt? Haben Sie Fragen an uns? Vorschläge? Kritik? Nehmen Sie Kontakt zu uns auf! Sie können uns besuchen in unserem Fraktionsraum im Rathaus, Zimmer 308. Unsere Bürozeiten sind: Montags bis Freitags 10.00 bis 15.00 Uhr. Sie können aber auch anrufen unter der Nummer 31 31 60 oder eine E-Mail schicken an: BLW-Fraktion@Wiesbaden.de.

Der Schloßplatz



Die Schloßplatzschule 1912

Bildarchiv: T. Reiß



Der Marktkindergarten steht heute an der Stelle der alten Schule

Bild: T. Reiß

Vergangene Pracht



Ansichten aus der Zeit um die Jahrhundertwende zusammengestellt.

Anliegen dieser Ausstellung ist es alte Ansichten der Stadt neuen Aufnahmen gegenüberzustellen und so die heute leider vielfach vergangene Pracht der Jahrhundertwende dem Betrachter vor Augen zu führen.

Das Hauptaugenmerk wurde dabei auf Orte gerichtet, bei denen in den letzten 100 Jahren, vor allem aber nach 1945, besonders auffällige Veränderungen eingetreten sind.

Ausstellungseröffnung im kuenstlerhaus43 am 28.3.2007 mit Michael von Poser (li) und Thorsten Reiß (re)

Bild: A. Monzel

Thorsten Reiß

Wiesbaden war um 1900 eine der aufstrebendsten Städte des Deutschen Reiches.

Die Stadt war Wohnort von Literaten, Künstlern und Millionären, ein Anziehungspunkt für reiche Kurgäste und Pensionäre.

Parkanlagen und Villen, prachtvolle öffentliche Gebäude und beliebte Ausflugsziele bilden den Schwerpunkt dieser Ausstellung. Auf 35 Tafeln hat der Autor eine kleine Auswahl bekannter aber auch unbekannter Wiesbadener



Die Ausstellung „Vergangene Pracht“

Bild: A. Monzel

Bebauungsplan Pfarrgarten Sonnenberg, ein Abgesang

Wiesbaden, 23.06.2006

In Sonnenberg ist man herumgegangen, um zu sehen, wo man noch etwas in Zentrumsnähe zubauen kann, und ist auf den Pfarrgarten an der Schuppstraße gekommen. Das ist ein zauberhaftes, verwünschtes Stück Erde mit Obstbäumen und einer reichen Fauna, darunter viele Vogelarten und geschützten Fledermausarten. Der Garten gehört zu einem Frischluftzug, der vom Kirchgarten herunter-

kommt, was auch nötig ist für den Hofgartenplatz, der sich leicht zu stark erwärmt. Der Pfarrgarten bildet mit Kirche und Pfarrhaus ein Ensemble. Über ihn hinweg geht der Blick auf die Burg. All dies hätte ihn unantastbar machen sollen. Für 8 Wohneinheiten soll er ruiniert werden. Denn man wird doch nicht im Ernst glauben, daß die Ausgleichsmaßnahmen einen wirklichen Gegenwert darstellen.

Diese Bebauung stellt ein schlimmes Beispiel für Verdichtung dar. Wenn in der Verwaltung

einmal ein solcher Plan gefaßt ist, dann geht eine Dampfwalze los, die nicht mehr gestoppt werden kann. Nur die Fraktion BLW hat in den Gremien gegen diesen Bebauungsplan gestimmt. Ein schöner Fleck wie dieser hat keine Lobby, nicht einmal bei den Naturschützern. Er hat lange so glänzend dagelegen, er war einfach schön, dann wurde er von denen entdeckt, die nur Nutzen gelten lassen, da war es aus mit ihm.

Michael von Poser



Mit der Idylle im Sonnenberger Pfarrgarten ist es leider vorbei. Die Bäume wurden bereits abgeholzt und eine Bebauung steht unmittelbar bevor.

Bild: T. Reiß

Landesimmobilie Dietenmühle

Die Grundstücke Parkstraße Nr. 44 und Nr. 46 werden vom Land Hessen vermarktet. Die Nr. 46 ist ein häßlicher Stahlbetonbau, der in den siebziger Jahren in den Kurpark hineingesetzt wurde. Bei der Nr. 44 handelt es sich um die frühere Kaltwasseranstalt, einen bedeutsamen denkmalgeschützten Altbau. Wir haben zu diesem Vorgang mehrfach in Pressemitteilungen Stellung bezogen. In unserer Mitteilung vom 19. 3. hieß es dazu zum Beispiel:

„Dieses Hineinbauen in den Park hätte gar nicht stattfinden dürfen. Das war in den siebziger Jahren, als sich die Bevölkerung gegen die Zerstörung des historischen Baubestandes wehrte (siehe City Ost) und der Denkmalschutz so gut wie aus-

geschaltet war. . . . Das einzig Richtige wäre, diesen ganzen Bereich von Bebauung freizuhalten, zumal das Rambachtal die größte Bedeutung für die Versorgung der Innenstadt mit Frischluft besitzt. So heißt es in der Klimaanalyse der Stadt Wiesbaden: Umnutzungen baulicher Art (z.B. Neubauten) müssen aus klimafunktionalen Gründen ausgeschlossen bleiben“.

Es ist schon sehr seltsam: Das Land vermarktet ein für Wiesbaden sehr wichtiges Grundstück und die Stadt erfährt zunächst einmal nichts davon. Sonst arbeitet man bei Vermarktungen eng zusammen (siehe den Fall Polizeipräsidium Seite 5 dieser Zeitschrift), und es ist doch anzunehmen, daß zwischen Stadt-

regierung und Landesregierung in allen wichtigen Dingen Telefonate hin- und hergehen. Wie dem auch sei: Als der Stadt klar wurde, daß es um ihren Kurpark geht, hat sie in einem Dringlichkeitsverfahren beschlossen, für diesen speziellen Bereich eine Bebauungsplan aufzustellen und eine Veränderungssperre zu erlassen. In einer unserer Pressemitteilungen hatten wir dazu gesagt: „Offenbar mißtraut die städtische Verwaltung dem Land“. Kommentar des Stadtentwicklungsdezernenten: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Inzwischen hat sich eine Bürgerinitiative Dietenmühle gebildet, die sehr rührig ist und an die zweitausend Unterschriften gesammelt hat. Sie kämpft ge-



Die erst vor wenigen Jahren sanierte Parkstraße 46 ist ein Fremdkörper im Kurpark.

Bild: T. Reiß

gen jede Neubebauung, was wir unterstützenswert finden. In Grunde handelt es sich um das Verdichtungsproblem, von welchem Wiesbaden heimgesucht wird. Die Bürgerinitiative würde sich wohl mit der Erhaltung des jetzigen Zustandes abfinden, sie befürchtet, daß durch den Abriß der Nr. 46 ein Neubau erst ermöglicht wird.

Auf Anfrage der BLW-Fraktion zum bisherigen Ergebnis der Verhandlungen zwischen Stadt und Land, kam heraus, daß es schon Interessenten gibt, die nicht nur den Altbau sanieren, sondern auch auf jeden Fall etwas dazu bauen wollen. Im ursprünglichen Antrag der Jamaika-Koalition war eine Zusatzbebauung nicht ausgeschlossen, vielmehr wurde sie anvisiert: „Der Magistrat wird gebeten, die recht-

liche Situation zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen eine Umwandlung in Wohnraum oder eine Neubebauung auf diesem Grundstück möglich ist.“ Was rechtlich überhaupt zulässig ist, interessiert auch uns und die Bürgerinitiative.

Die Stadt verhandelt nach eigenen Angaben in die Richtung: moderate Zusatzbebauung, dafür auf lange Frist der Abriß der Nr. 46 im Kurpark. Auf unsere Frage, was man für umgebungsverträglich halte, hieß es: ein dem Altbau deutlich untergeordneten Neubau. Unsere Bedenken sind damit keineswegs zerstreut. Wir kennen die Zusatzbauten, die moderat sein sollen, z.B. Frankfurter Straße 5 oder alte Staatskanzlei in der Bierstadter Straße, für uns sind das schlimme Beschädigungen

des Bildes, das der Altbau abbildet. Solange Architekten ein Kontrastprogramm wollen, kann da nichts Gutes herauskommen.

Es wird hier wie in so vielen anderen Fällen interessant sein, das Endergebnis mit den Ankündigungen zu vergleichen. Bei Investorenprojekten wird meist eine „Stadtreparatur“, eine „Heilung“, eine „Steigerung der Attraktivität“ angekündigt, das Ergebnis ist dann niederschmetternd. In der Ankündigung zur Dietenmühle ist von der Stärkung des „Kleinods“ Kurpark die Rede. Die Bürger dürfen gespannt sein, wie diese Stärkung nachher aussieht.

Michael von Poser
Thorsten Reiß



Die Kuranstalt Dietenmühle (Parkstraße 44) im Winter 1912. Dieser Anblick ist heute durch den davor liegenden Garagentrakt verbaut.
Bildarchiv: T. Reiß

Frauenstein und die Kirschblütenstraße

Kennen Sie das, wenn Ihnen jemand erzählt „er habe lange mit sich selbst gerungen“ und die Sache ist dann so oder so ausgegangen...? Nun, ich kenne das wohl persönlich, aber vor kurzem habe ich die erstaunliche Entdeckung gemacht, daß dies offenbar sogar für einen kompletten Vorort möglich sein kann!

Lassen Sie uns dieses erstaunliche Phänomen einmal anhand eines durchaus eigenwillig-sympathischen westlich liegenden Wiesbadener Vororts anschauen

- denn er ist es in der Tat Wert näher betrachtet zu werden: Da ist mir sofort ein Bild vor Augen von einem landschaftlich schön gelegenen Ort, Kirschblüte, Streuobstwiesen, Weinanbau, Kirche, Schloß Sommerberg, eine Burg und alte zum Teil wunderschön restaurierte Fachwerkhäuser, die aus Geschichte und Erscheinungsbild des Ortes eigentlich nicht mehr wegzudenken sind, Bewirtung, ein Äskulapnatter-Schlangenzugpfad, der Goethestein, besondere Führungen, Veranstaltungen und reges Vereinsleben. Ein Verein hat sich sogar explizit gegründet um u.a. Umwelt-,

Landschafts-, Denkmalschutz, Ortsgeschichtliches, Traditionelles zu pflegen, erhalten und dokumentieren.

Gut, daß so etwas im Blick ist - ja diese Arbeit wurde auch seitens der „Ortsgrößen“ begrüßt und verdient rundum ganzherzige Unterstützung.

Nun gibt es da im Ort noch ein altes, leerstehendes inzwischen äußerlich eher heruntergekommenes Haus in städtischem Besitz. Es liegt mitten im Ort an der Hauptstraße an einer verkehrlich gesehen engen Stelle, die aber auf diese Weise den Durchgangsverkehr ohne die



Die Kirschblütenstraße mit den zum Abriß vorgesehenen Häusern

Bild: T. Reiß

sonst in Frauenstein sichtbaren mehr oder weniger teuren „Halbinseln“ entschleunigt. Fußgänger können zwar nicht nebeneinander auf dem Bürgersteig laufen, aber es funktioniert - auch für Stadtbuss, Traktor und Feuerwehr.

Da passiert es, daß sich der ein oder andere engagierte Bürger vehement für den Abriß dieses -auch unter denkmalschutz und ortsgeschichtlichen Aspekten bedeutenden- Gebäudes einsetzt.

Nun, manch einer hat das wohl und Engagement in seinem Ort ist ja auch nicht zu verachten - aber findet sich möglicherweise der ein oder andere lautstarke

Abrißbeschwörer historischer und denkmalschutzrelevanter Dinge gleichzeitig mit in der Ortsinitiative zur Pflege, Erhaltung und Dokumentation von historischem Ortskulturgut wieder - da ist das dann eben so, als würde der Ort mit sich selbst ringen - und das geht dann so oder so aus

Die Tragik dieses im Weg stehenden Gebäudes liegt wohl darin, daß weder Goethe dort einst wortgewandt über die gemeine Reblaus philosophiert hat, noch Napoleon zu einem Schoppen und historisch bedeutender Lagebesprechung mit Zinnsoldaten einkehrte, noch wichtigste burgritterliche Gebeine, Teile des Bernsteinzimmers oder Urfpferdchenversteinerungen zum Vorschein kamen. Auch war es nicht Keith Haring, der sich zu einem späteren Zeitpunkt dort mit großer Sprühkunst verewigt hat - nur Schmierfinken. Noch hat sich sonst ein sensibler Mensch von beträchtlichem Vermögen dieses Gebäudes rechtzeitig privat angenommen, um dann bei laut werdenden Abrissforderungen zu verhindern, daß sein Haus einfach für einen breiteren Gehweg plattgemacht wird - zumal dieser Vorort meiner Erkenntnis nach noch nicht einmal für eine überdurchschnittliche Dickleibigkeit seiner Bewohner berühmt-berüchtigt wäre.

Also, seit dieser Geschichte habe ich wohl gelernt, daß auch ein Vorort mit sich selbst ringen kann und das geht dann so oder so aus, mal sehen.

Übrigens, nebenbei bemerkt finde ich inzwischen kleine private Vorortbegehungen unter diesem Aspekt recht spannend - mental kommt da in jedem

Stadtteil und auch in der Innenstadt die geistige Abrißbirne zahlreichst zur Vollstreckung - und ist man dann erst so richtig in Fahrt, kann man auch gedanklich schon mal das Schreiben für den demnächst ohne Wohnung dastehenden Bewohner und Bürgersteigverenger aus Kloppenheim oder Igstadt ausformulieren : "Sehr geehrter Herr K...., hiermit teilen wir Ihnen zur Kenntnisnahme mit...." - also, wer bisher noch kein Hobby hat und sich um Heimatgeschichte oder Denkmalschützenswertes oder dergleichen Nutzloses nicht weiter schert, nur zu. Und: dieses strategische Denkspiel ist desweiteren an jedem beliebigen Ort dieser Welt unterhaltsam - von halb ausgelöschten Straßensystemen in beschaulichen Rheingau-Örtchen bis hin zu.... nun, ich ringe noch mit mir selbst bezüglich weiterer Ausführungen - und das geht dann so oder so aus... .

Andrea Wittgen

Impressum

Postanschrift:
Bürgerliste Wiesbaden
Rathausfraktion
Schloßplatz 6
Rathaus, Zimmer 308
65183 Wiesbaden
Geschäftsstelle der Fraktion:
Rathaus, 3. Stock, Zimmer 308
Telefon: 0611 313160/59
Fax: 0611 316926
Mail: BLW-Fraktion@wiesbaden.de
www.BLW-Fraktion.de

Fraktionsvorsitzender:
Dr. Michael von Poser
Geschäftsführer:
Karl Heinz Maierl

Bankverbindung:
Nassauische Sparkasse Wiesbaden
Kto. 110 241 700
BLZ 510 500 15

Redaktion:
Michael von Poser, Thorsten Reiß,
Andrea Monzel
Layout: Andrea Monzel

Bürgerliste Wiesbaden
V.i.S.d.P.: Dr. Michael von Poser
Ausgabe 2/2007 (Nr. 3)
Auflage : 20000

Die Bürgerliste hat in der Stadtverordnetenversammlung vom 16.11.2006 gegen den Abriß der Gebäude Kirschblütenstraße 12 und 14 und den Ausbau der Kirschblütenstraße in der vorgelegten Form in Wiesbaden Frauenstein votiert. Die dafür vorgesehenen 660.000 Euro könnten in Wiesbaden sicherlich sinnvoller verwendet werden.

Thorsten Reiß